

## Fadegrad

## Menschen wollen zu den Menschen



VON  
ROLAND SCHECK

Wie kommt eine Stadtregierung auf die Idee, ein Asylzentrum im Wydäckerring, inmitten einer familienorientierten Wohngegend und in unmittelbarer Nähe eines Schulhauses, zu platzieren? Aus welchen Überlegungen wird das Quartier Seebach zu einer Asylhochburg gemacht? Was bringt den Stadtrat dazu, ein Asylzentrum in den Triemli-Personalhäusern, also in einer operativen Spitalanlage, einzurichten?

Niemand bezweifelt mehr ernsthaft, dass unser Asylwesen aus dem Ruder gelaufen ist. Bei den Asylsuchenden handelt es sich grossmehreheitlich nicht um an Leib und Leben gefährdete Personen, sondern um Wirtschaftsflüchtlinge. Echt verfolgte Menschen würden dem Gastgeberland eine gewisse Dankbarkeit und Genügsamkeit entgegenbringen, Wirtschaftsflüchtlinge hingegen wollen sich bereichern. In der Regel handelt es sich um junge, kräftige Männer, die vorwiegend aus Nordafrika stammen. Diese Männer sind in ihrer Heimat in keiner Art und Weise verfolgt, sondern haben sich auf der Suche nach einem besseren Leben mit Schleppern in das vermeintliche Paradies Schweiz einschleusen lassen. Sie wollen materiell auf ihre Kosten kommen, um einen Payback für ihre Investition in die Schlepperbande zu erzielen.

Auch von den naivsten Gutmenschen lässt sich nicht mehr wegdiskutieren, dass Wirtschaftsflüchtlinge unseren gesellschaftlichen Frieden belasten. Viele dealen mit Drogen, brechen in Liegenschaften ein, bestehlen Passanten und schrecken auch nicht vor Gewaltanwendung zurück.

So und nicht anders stellt sich die Ausgangslage für den Stadtrat dar, wenn es einen Standortentscheid für ein neues Asylzentrum zu treffen gilt. In Anbetracht der besonderen Kritikalität müsste die Stadtregierung eigentlich klare, messbare Kriterien für die Standortevaluation von Asylzentren aufstellen. Schlusslich gilt es, die eigene Bevölkerung zu schützen. Ein Katalog sicherheitsrelevanter Kriterien würde die eingangs erwähnten Beispiele von Asylzentren im Wydäckerring, in Seebach und in den Triemli-Personalhäusern von vorneherein ausschliessen.

Die Vermutung liegt daher nahe, dass der Stadtrat in Tat und Wahrheit keinen Kriterienkatalog für die Standortwahl von Asylzentren hat. Um dies zu erhärten, hat die SVP entsprechende Vorstösse im Gemeinderat eingereicht, die vom Stadtrat und der rot-grünen Parlamentsmehrheit erwartungsgemäss abgeschmettert wurden. Die Debatte hat den Stadtrat aber entlarvt. Auf die Feststellung der SVP, dass der Stadtrat offensichtlich über keine Kriterien für die Standortwahl von Asylzentren verfüge, antwortete der verantwortliche SP-Stadtrat Martin Wasser wörtlich: «Es gibt keinen Grund, Menschen von den Menschen fernzuhalten, sondern im Gegenteil: Menschen wollen zu den Menschen».

## DIE SVP ZUR BERATUNG DES BUDGETS 2013

## Mit gebrochenem Krug zum Wasser

Im Rahmen der Behandlung der Zusatzkredite 1/2012 titelte die SVP der Stadt Zürich: «Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht.» Die SVP nahm in der mehrtägigen Budgetdebatte des Gemeinderates diesen Ausspruch erneut auf und kritisierte die labile Finanzpolitik der Linken. Rote, Grüne und Meinungslabile rennen im Gleichschritt mit dem gebrochenen Krug zum Wasser.



GEMEINDERAT  
ROGER LIEBI  
PRÄSIDENT  
SVP STADT ZÜRICH

Nun, als Noch-Finanzvorstand Vollenwyder Ende September 2012 das Budget 2013 und den Aufgaben- und Finanzplan 2013–2016 vorstellte, wurde es allen klar: Der Krug bricht! Rote, Grüne, Nette und Meinungslabile rennen im Gleichschritt mit dem gebrochenen Krug zum Wasser!

## Ende der Umverteilungspolitik

Selbst linke Politiker merken, dass das Ende der grosszügigen Umverteilungs- und Wunschkonzertpolitik naht. So sprach die Vizepräsidentin der Grünen der Stadt Zürich, Gemeinderätin Rykart, kurz nach der Budgetpräsentation im sozialistischen Hofblatt P.S. davon, dass die Stadt Zürich vor finanziell schwierigen Zeiten stehe. Wer allerdings erwartet hat, dass dies zu mutigen und v.a. zu den notwendigen Taten führen würde, der wird mit dem Budget 2013 kräftig enttäuscht. Selbst mit gebrochenem Krug wird Wasser geschöpft.

Das kann nicht gut gehen: Erfahrungsbeispiele, zu welchem Schaden solch unverantwortliches Handeln langfristig zu Lasten des Mittelstandes führt, werden uns von den EU-Funk-

tionären in ganz Europa täglich vor Augen geführt.

Nicht nur, dass uns der rot-grüne Stadtrat ein tiefrotes Defizitbudget vorlegt, nein, er zeigt sich sogar unbeeindruckt von dem voraussichtlich für 2012 resultierenden Verlust von rund 60 Millionen Franken.

In völlig übersteigertem Selbstbewusstsein setzt er seinen ideologisch motivierten Umbau der Stadt Zürich fort: Die einen offensiv mit weiterhin explodierenden Kosten im Tiefbauamt unter Hafenkranführer Genner, die anderen defensiv unter dem bedauernswerten Vasallen der Linken, Gerold Lauber, der brav nachvollzieht, was ihm Teile des Volksschulgesetzes vorgeben, gleichwohl vorhandenen Spielraum aber unter allen Umständen nicht ausnutzen darf.

Das Schul- und Betreuungswesen, in dem mehr und mehr Schüler und Kinder zum Spielball von Selbstverwirklichern werden, läuft finanziell aus dem Ruder.

## Zürich lebt über seine Verhältnisse

Der Aufgaben- und Finanzplan 2013–2016 geht davon aus, dass der Personalaufwand bis 2016 auf sage und schreibe 2,9 Mrd. Franken steigen wird, 450 Mio. Franken mehr als noch 2011. Die Steuereinnahmen verstreichen sich bis 2016 auf 2,55 Mrd. Fran-

ken. Dass sich die Stadt Zürich seit 2002 unter linker Führung, mit oder trotz Martin Vollenwyder, zu einem wahren Verwaltungsmoloch entwickelt hat, zeigt der Vergleich der Steuern juristische und natürliche Personen zu 100 Prozent (also steuerfussbeisreigt).

2002 bis 2016 steigen die entsprechenden Steuern um 17,1 Prozent, währenddem im gleichen Zeitraum allein der Personalaufwand um 56,8 Prozent oder 4 Prozent pro Jahr regelrecht explodiert. Die Teuerung 2002–2016 dürfte im Jahresdurchschnitt knapp 1 Prozent betragen. Zürich lebt in sozialistischer Manier über seine Verhältnisse.

Die Stadt Zürich ist weiterhin vom Finanzplatz abhängig. Es ist der linken Stadtregierung in den letzten 10 Jahren trotz ausgezeichneten Rahmenbedingungen nicht gelungen, eine markante Änderung des Branchenmix, mit operativ aus Zürich heraus tätigen Firmen, hinzubringen.

Andere Schweizer Städte laufen uns diesbezüglich mehr und mehr den Rang ab.

Am Besorgniserregendsten ist aber die Schuldenentwicklung. Wer in hel-lenischer Manier Klientelpolitik über Stellenschaffungen betreibt und zusätzlich über Jahre mit völlig ungenügendem Selbstfinanzierungsgrad den ideologisch motivierten Umbau der

Stadt erzwingt, der muss sich nicht wundern, dass die Schulden bis 2016 auf 11,5 Milliarden Franken – 29 000 Franken pro Einwohner – anwachsen. Daran wird auch HRM2 nichts ändern.

Personenfreizügigkeit und Ökologie wurden als Deckmäntel zur masslosen Umverteilung missbraucht. Wohnbaupolitik in vollendeter sozialistischer Manier, Umkehrpolitik, 2000-Watt-Utopien, Mehrwertabschöpfung, lassen grüssen.

## Gegensteuer dringend nötig

Wir müssen hier und heute Gegensteuer geben. Es reicht nicht, in Form von für den Stadtrat eher unverbindlichen Pauschalanzügen (via Konto 1060 Gesamtverwaltung) Sparbereitschaft demonstrieren zu wollen. Einen Dampfer bringt man nur durch das Einlegen des Rückwärtsanges zum Bremsen.

Die Kürzungsanträge der SVP über mehr als 160 Millionen Franken erlauben sowohl Steuererleichterungen wie die Schaffung von zusätzlichem Eigenkapital.

Wachen Sie auf Genossinnen und Genossen! Verlassen Sie ihre labile Finanzpolitik, Mitteparteien! Flicken Sie den Krug!

Denken Sie nicht an sich, denken Sie nicht nur bis zu den nächsten Wahlen – denken Sie an die Zukunft unserer Kinder und Enkel!

## REGIERUNGSRAT STOPPT IDEOLOGISCHE IDEE DES STADTRATS

## Kein Spurabbau beim Sechseläuten-Platz

Die SVP der Stadt Zürich nimmt mit grosser Genugtuung vom Entscheid des Zürcher Regierungsrats Kenntnis, den von Stadträtin Ruth Genner geplanten Spurabbau auf dem Utoquai entlang des Sechseläutenplatzes nicht zu bewilligen.



GEMEINDERAT  
MAURO TUENA  
FRAKTIONSCHIEF SVP  
ZÜRICH 4/5

Zu gross seien die negativen Auswirkungen auf den Verkehrsfluss, argumentiert der Regierungsrat richtigerweise. Die SVP hatte diese einzig logische Argumentation, die jetzt auch der Regierungsrat vollumfänglich teilt, von Anfang an in der Diskussion in Zusammenhang mit der Umgestaltung des Sechseläutenplatzes vertreten.

## Fatale Konsequenzen

An fundierten Beispielen wurde von den bürgerlichen Parteien bereits in der gemeinderätlichen Kommissionsberatung aufgezeigt, welche fatalen Konsequenzen ein Spurabbau an besagter Stelle auf das Verkehrssystem in der weiteren Umgebung hätte. Tiefbauvorsteherin Ruth Genner hatte kein Gehör.

Zu ideologisch geprägt ist ihr ganzes Verhalten. Selbsterstellte Gutachten, Propagandavideofilme und ideologische Rechenbeispiele nützen nichts, um solch realitätsfremde grüne Ideen zu stützen. Stadträtin Genner, die Fussgängerin und Velofahrerin, muss lernen, verkehrstechnische Fakten für Autos zu akzeptieren.

## Frühzeitig das Gespräch suchen

Die SVP der Stadt Zürich fordert die Vorsteherin des städtischen Tiefbaude-

partements auf, bei Strassenbauprojekten in Zürich, die Strassen von überregionaler Bedeutung tangieren oder gar betreffen, frühzeitig das Gespräch mit den Entscheidungsträgern der kantonalen Behörden zu suchen. Liegen seitens des Kantons Bedenken oder gar Einwände vor, sind diese ohne Wenn und Aber zu akzeptieren. Es geht nicht an, dass Stadträtin Genner ihre ideologisch geprägten Planungsarbeiten jeweils aus Trotz weiter vorantreibt.

Um weitere vorprogrammierte Niederlagen und teure Planungsleichen zu vermeiden, sind unter anderem die Planungsarbeiten «Rosengartenstrasse» und «Urania-/Sihlstrasse» sofort zu stoppen.

Bei beiden Projekten liegen bereits heute Einwände oder Bedenken seitens Kanton Zürich vor.

## Den Verkehr verflüssigen

Von Planungen und Projekten, welche die Beeinträchtigung des motorisierten Individualverkehrs zum Ziel haben, ist inskünftig generell abzusehen. Nur so kann vermieden werden, dass weitere Scherbenhaufen in der Stadt Zürich entstehen.

Diese wären angesichts des jetzigen Entscheids vorprogrammiert. Ziel einer vernünftigen Verkehrspolitik muss sein, den Verkehr zu verflüssigen. Im für die Volkswirtschaft entscheidenden Faktor Verkehr ist für ideologische Experimente und Störmanöver kein Platz.

Jetzt anmelden

**Die SVP Stadt Zürich** lädt Sie herzlich ein zur Führung durch das **Kriminalmuseum der Kantonspolizei Zürich** mit anschliessendem **Workshop zum Thema Kultur** (im Hinblick auf die Aktualisierung des SVP-Programms 2014–2018)

**Donnerstag, 31. Januar 2013**  
17.15–21.00 Uhr

17.15 Uhr Treffpunkt der Teilnehmenden an der Kasernenstrasse 29, 8004 Zürich (kantonale Polizeikaserne)  
17.20 Uhr Führung durch das Kriminalmuseum (bis ca. 19.15 Uhr)

19.30 Uhr Treffpunkt der Teilnehmenden an der Lagerstrasse 5, 8004 Zürich (Hochschule für Wirtschaft Zürich, Raum 218; 5 Min. zu Fuss vom Kriminalmuseum; kleine Verpflegung und Getränke werden offeriert)

19.45 Uhr Kurze Einführung ins Thema  
20.00 Uhr Erarbeiten von Thesen und Diskussionen  
21.00 Uhr Ende des Workshops

Anmeldung bis spätestens **31. Dezember 2012**

SVP Stadt Zürich, Postfach, 8050 Zürich  
E-Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch

Name/Vorname: .....  
Adresse: .....  
Geburtsdatum: .....

**Hinweise:**  
Die Teilnehmerzahl ist beschränkt  
Das Mindestalter für Besucher des Kriminalmuseums ist 18 Jahre  
Ausweiskontrolle

Einstehen für die Schweiz 